

MZ 01.03.2013

Wittenberg könnte den Plan sprengen

Weil Pratau zum "Zentralen Ort" zählen soll, ist die Genehmigung gefährdet.

VON MARKUS WAGNER

WITTENBERG/MZ - Die Aufforderung des Landes, die Grenzen des echten "Mittelzentrums" in der großen Stadt Wittenberg festzulegen, sorgt für Ärger. Der Stadtrat will Pratau innerhalb der Grenzen des "Zentralen Ortes" haben, die Regionale Planungsgesellschaft sieht deshalb ihren Plan schon schwinden.

"Das Ministerium wird den gesamten Plan dann nicht genehmigen", fürchtet Marion Schilling, Geschäftsstellenleiterin der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Die Abgrenzung des Zentralen Ortes wird später Auswirkungen auf die Entwicklung der Infrastruktur haben. Schulen in diesem Gebiet haben bessere Chancen bei Schließungsdiskussionen. Wenn Sportanlagen wegen der demografischen Entwicklung aufgegeben werden müssen, wird dies eher weniger im "Zentralen Ort" geschehen. Baugebiete werden dort mit höherer Wahrscheinlichkeit genehmigt. Ein paar Beispiele, die Schilling anführt, warum die Planung so wichtig ist.

Umgekehrt dürfen deshalb auch nur Ortsteile in die Zone, die tatsächliche Aufgaben eines Mittelzentrums erfüllen. Weiterführende Schulen gehören dazu, Fachärzte oder eine Musikschule. Alles Dinge, sagt Schilling, die Pratau nicht hat. Gerade die Frage, warum Pratau nicht zum "Zentralen Ort" gehören soll, hatte den Stadtrat umgetrieben. **Stefan Kretschmar (Freie Wähler) plädierte besonders intensiv dafür. Immerhin sei es der Südeingang der Stadt, die Elbbrücke liege in der Gemarkung und mit Unilever im Gewerbegebiet sei dort ein wichtiges Unternehmen.**

"Gewerbegebiete sind kein Kriterium", sagt Schilling. Und die Elbbrücke bedeutet einen Bruch der Bebauung - ist also eher ein Gegenargument. Immerhin hatte Schilling mit dem Ministerium einen Kompromiss ausgehandelt: Der Seniorenpark an der Braunsdorfer Straße in Apollensdorf ist jetzt drin, der Hafen und das Bahnwerk in Labetz auch. Alles Dinge, die der Stadtrat wohlwollend zur Kenntnis genommen hat. Nur die Sache mit Pratau stört. Oberbürgermeister Eckhard Naumann (SPD) hatte gewarnt, dass der Vorteil im Vergleich zum Risiko der Nichtgenehmigung - und der daraus resultierenden Nachwirkungen - verschwindend gering sei.

Ob das tatsächlich so kommt, das ist indes fraglich. Denn das letzte Wort hat die Versammlung der Planungsgemeinschaft. Die sollte zwar im Einvernehmen mit den Städten entscheiden, ist das aber nicht zu erreichen, hat sie das letzte Wort.

"Das wäre schade", sagt Schilling, die heute der Versammlung die Lage darstellt. Mit allen Städten im Planungsgebiet hat sie Einvernehmen erzielt, nur mit zweien nicht: Neben Wittenberg wünscht sich Jessen einen anderen Plan.